



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Geflüchteten Möglichkeiten aufzeigen: Start in die Berufsausbildung für ukrainische Jugendliche

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geflüchteten Jugendlichen aus der Ukraine und deren Eltern die Möglichkeiten und Perspektiven einer Berufsausbildung in Bayern aufzuzeigen. Der Pakt „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ soll dazu neu aufgesetzt werden.

Begründung:

Seit über einem Jahr flüchten Menschen aus der Ukraine vor dem Angriffskrieg Russlands und laut Ausländerzentralregister haben etwa 152 000 seitdem in Bayern Schutz erhalten. Mit dem Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) ist der vollständige Zugang für Geflüchtete aus der Ukraine zum Arbeitsmarkt geöffnet. Laut Angaben des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration befinden sich aktuell etwa 15 500 minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine im Alter von 15-21 Jahren in Bayern, welche potenziell eine Berufsausbildung anstreben könnten (Stand: 03.04.2023).

Zahlen des ifo Instituts (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.) belegen, dass über 80 Prozent der in Bayern lebenden ukrainischen Geflüchteten eine Hochschulbildung in ihrem Herkunftsland erfahren haben (Stand: Februar 2023). Da dies der gängigste Bildungsweg in der Ukraine ist und ein Anknüpfen durch unterschiedliche Schulsysteme nur durch den Besuch vom Studienkolleg ermöglicht werden kann, fehlt es hier an Bleibe- und Ausbildungsperspektiven und dem nötigen Verständnis für das bayerische Bildungssystem.

Laut mehrfachen Studien und Einschätzungen durch die Bundesagentur für Arbeit bringen ukrainische Geflüchtete jedoch gute Voraussetzungen für die Teilhabe am bayerischen Arbeitsmarkt, sowie eine hohe Bereitschaft mit. Diese gilt es zu nutzen, sowie ein Abrutschen in prekäre Beschäftigungen zu verhindern. Außerdem muss eine Chancengleichheit in Bayern sichergestellt werden und die Informationen für alle Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert an dem großen Potenzial für den bayerischen Arbeitsmarkt und den akuten Fachkräftemangel anzuknüpfen und Geflüchteten (aus der Ukraine) die Möglichkeiten und Perspektiven einer Berufsausbildung aufzuzeigen. Mit gezielten Informationskampagnen in Zusammenarbeit mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden soll der Pakt „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ neu aufgesetzt und die Zielgruppe (ukrainischer) geflüchteter Jugendlicher in den Fokus genommen werden.